

**Beschluss auf der
Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands am 12./13. März 2010
Antragsteller: Kommission Energie und Umwelt/ Vorsitzender Dieter Bischoff**

Mittelstand für friedliche Nutzung der Kernenergie

Ja zur Laufzeitverlängerung

Der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU bekräftigt sein Votum zur Verlängerung der Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, die entsprechende Koalitionsvereinbarung zwischen Union und FDP umzusetzen und nicht in Frage zu stellen. Unser Land ist langfristig auf die Kernenergie angewiesen. Wir lehnen eine Energiepolitik ab, die darauf abzielt, sichere, deutsche Kernkraftwerke stillzulegen und stattdessen Kernenergie aus dem Ausland zu importieren. Die deutschen Kernkraftwerke zählen zu den weltweit sichersten Anlagen. Aufgabe der Bundesregierung muss es sein, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die diesen weltweit hohen Sicherheitsstandard auch zukünftig sicherstellen. Gleichzeitig plädiert die MIT dafür, sich auch der Option für den Bau neuer Kernkraftwerke nicht zu verschließen.

Beteiligung der Verbraucher an den Gewinnen aus der Laufzeitverlängerung

Wir fordern die Bundesregierung auf, einen wesentlichen Teil der zusätzlich generierten Gewinne aus der Laufzeitverlängerung der Kernenergie neben der Forschungsförderung auch den Verbrauchern zu Gute kommen zu lassen. Für die Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke gibt es zahlreiche Gründe, darunter die vergleichsweise niedrigen Energiekosten. Wer eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz für Kernenergie erreichen will, muss die Verbraucher auch an den Vorzügen dieser Energieart teilhaben lassen.

Sachliche Aufklärung statt Profillosigkeit der Union

Wir halten es programmatisch für falsch, wenn sich die Union bzw. führende Funktionsträger der Union öffentlich von der friedlichen Nutzung der Kernenergie distanzieren. Insbesondere kritisieren wir aber, wenn dies allein auf Grund eines wahltaktischen Kalküls und nicht auf Grund von sachpolitischen Erwägungen erfolgt. Es ist bekannt, dass die gesellschaftlichen Widerstände gegen die Atomkraft groß sind. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass die Kernenergie in den zurückliegenden Jahren ideologisch instrumentalisiert und Ängste geschürt wurden. Anstatt sich aber aus dieser zukunftsweisenden Diskussion zurückzuziehen, wäre es dringend geboten, eine sachliche Informationskampagne zur Kernenergie zu starten. Wir fordern daher die Union und die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur sachlichen Aufklärung und Information der Bevölkerung zu ergreifen.

Aufhebung des Erkundungsmoratoriums

Wir unterstützen die Bundesregierung darin, das Erkundungsmoratorium für die Endlagerung aufzuheben. Die Aufhebung muss zeitnah erfolgen, um die Forschung im Bereich der sicheren Endlagerung von radioaktiven Abfällen weiterzuführen. Es war ein schwerer Fehler von Rot-Grün, im Jahr 2000 die wissenschaftliche Erforschung der letzten noch offenen Fragen zur Endlagerung einzustellen. Die laufenden Kosten von ca. 20 Mio. € pro Jahr für den Erhalt des derzeitigen Erkundungszustandes ohne wirtschaftliche Nutzung oder Weiterentwicklung sind nicht länger zu verantworten.